

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **31 (1952)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **09.08.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ROTE REVUE

51. Jahrgang

August/September 1952

Heft 8/9

FRITZ BAUMANN

## *Sozialistische Finanzpolitik der nächsten Jahre*

Mit ihrer Friedensopferinitiative hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine *gerechte* Sache vertreten. Daran ändert alles bürgerliche Zeter- und Mordgeschrei nichts. Man könnte höchstens einwenden, das dem schweizerischen Reichtum zugemutete Opfer zugunsten der Landesverteidigung sei zu bescheiden gewesen. Es ist erstaunlich, wie sonst aufgeschlossenen bürgerlichen Kreisen jedes Verständnis dafür fehlt, daß die privatrechtliche Eigentumsanhäufung der sittlichen Rechtfertigung entbehrt und daß deshalb auch der Weg der Besteuerung zur Abtragung der krassesten Unbilligkeiten beschritten werden darf und muß.

Die Friedensopferinitiative war auch *wirtschaftspolitisch* wohl am Platz. In Zeiten der Hochkonjunktur können Steuern leichter bezahlt werden, und sie sind geeignet, übersteigerte Konjunktur zu dämpfen. In solchen Zeiten soll der Staat auch die Mittel bereitstellen, um Kriseneinbrüche wirksam bekämpfen zu können. Jeder einigermaßen einsichtige bürgerliche Wirtschaftspolitiker hätte daher aus wirtschaftspolitischen Gründen die Friedensopferinitiative unterstützen müssen. Man merkte denn auch den ablehnenden Zeitungsartikeln der berufsmäßigen Klopffechter der kapitalistischen Kreise, der Redaktoren und Verbandssekretäre sehr wohl an, wie mühsam sie ihre Argumente gegen die Initiative zusammensuchen mußten.

Endlich war die Initiative auch *parteipolitisch* eine der besten Taten der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren: Ein Versuch, sich aus allzustarken Bindungen mit dem Bürgertum zu lösen und die Initiative in einer staatspolitisch außerordentlich wichtigen Frage an sich zu reißen.

Freilich mußte mit der Verwerfung der Initiative im ersten Anlauf gerechnet werden, vor allem weil die Zeit zu kurz war, um ihre Bedeutung in den der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Kreisen genügend klarzumachen. Wenn die stärkste schweizerische Gewerkschaft sich für die Initiative so überzeugt eingesetzt hätte, wie nachher für den bundesrätlichen Vorschlag, so wäre das Abstimmungsverhältnis wohl noch besser gewesen. Aber das Endergebnis hätte sich dadurch kaum ändern lassen.